

# THE NEW WORKER

*Deutsche Übersetzungen aus dem Zentralorgan der Neuen Kommunistischen Partei  
Großbritanniens (NCP) – Ausgabe vom 14. Juni 2024*

## **Kämpfe toben, während die Hoffnung auf einen neuen Waffenstillstand im Gazastreifen schwindet** von unserem Korrespondenten für arabische Angelegenheiten

**D**ie Hoffnungen auf eine neue Waffenruhe schwinden, während israelische Kampfjets und Hubschrauber Rafah bombardieren und palästinensische Kommandos in den Straßen der südlichen Stadt im Gazastreifen gegen die israelischen Truppen kämpfen.

Mehr als 270 palästinensische Zivilisten wurden getötet und Hunderte weitere verwundet, als die Israelis das Flüchtlingslager Nuseirat stürmten, um vier Gefangene zu befreien, die vom Widerstand im Zentrum des Gazastreifens festgehalten wurden. Die Tunnelsysteme wurden jedoch nicht zerstört, und die Widerstandskämpfer haben einige der härtesten Angriffe der Israelis überlebt, um den Kampf in der gesamten belagerten palästinensischen Enklave aufrechtzuerhalten.

Nur wenige Tage zuvor hatten die Amerikaner die Verabschiedung ihres Entwurfs für eine Waffenstillstandsresolution bei den Vereinten Nationen verkündet.

Am Montag verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine von den Amerikanern unterstützte Resolution, in der ein dreistufiger Waffenstillstand "ohne Verzögerung und ohne Bedingungen" gefordert wird. Der Rat stimmte der von den USA unterstützten Resolution mit 14 Stimmen zu, Russland enthielt sich der Stimme. Der russische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebenzya, sagte, der Rat sei im Unklaren darüber geblieben, was tatsächlich zwischen Amerika und Israel vereinbart worden sei, und habe "im Wesentlichen für die Katze im Sack" gestimmt.

"Wir haben eine ganze Reihe von Fragen zu dem amerikanischen Resolutionsentwurf, in dem der Rat eine Vereinbarung begrüßt, deren endgültige Umrisse niemandem außer vielleicht den Vermittlern bekannt sind", so der russische Diplomat. Obwohl die Resolution die Hamas auffordert, den "so genannten Deal" zu akzeptieren, gibt es keine Klarheit über die offizielle Zustimmung Israels, "wie sie in der Resolution steht". Der russische Vertreter verwies auf die öffentlichen Erklärungen der israelischen Führung, wonach der Krieg fortgesetzt werde, bis die Hamas vollständig besiegt sei, und fragte: "Worauf hat sich Israel konkret eingelassen?". Nebenzya sagte jedoch, Russland habe sich letztendlich entschieden, sich der Stimme zu enthalten, anstatt ein Veto einzulegen, da die Resolution breite arabische Unterstützung genieße.

Obwohl die Vorschläge, die von den Amerikanern als "israelischer Plan" bezeichnet wurden, von der Hamas akzeptiert wurden, wurden sie von ihren angeblichen Verfassern ignoriert, und die Imperialisten beschuldigen nun den palästinensischen Widerstand, das Blutvergießen hinauszuzögern und in die Länge zu ziehen.

Doch die Hamas gibt den Amerikanern die Schuld. Der Medienberater der Hamas, Taher

Al-Nunu, beschuldigte US-Außenminister Antony Blinken der Voreingenommenheit und sagte, der amerikanische Außenminister habe sich seit Beginn des Krieges so verhalten, als sei er der Außenminister Israels.

"Es mangelt ihm an Neutralität. Es mangelt ihm an Ausgewogenheit. Er arbeitet mit zweierlei Maß. Er versucht, den Widerstand so darzustellen, als ob er die Partei wäre, die das Abkommen behindert", sagte Al-Nunu. Die Hamas akzeptierte den ursprünglich am 6. Mai vorgelegten Vorschlag in seiner jetzigen Form, und es war Israel, das Änderungen daran vornahm. Die Hamas reagierte am Dienstag mit Gegenrevisionen zu einigen der israelischen Änderungen, so Al-Nunu.

Zurück in Tel Aviv ist Benny Gantz, ein General im Ruhestand, der den Mitte-Rechts-Block der Nationalen Einheit im israelischen Parlament anführt, aus dem Kriegskabinett von Netanjahu zurückgetreten, um dagegen zu protestieren, dass Netanjahu es versäumt hat, eine künftige Lösung zu planen, wenn die Waffen schweigen.

"Netanjahu hindert uns daran, einen wirklichen Sieg zu erringen", sagte Gantz in einer im Fernsehen übertragenen Erklärung, in der er den Austritt aus der Regierung als eine "komplexe und schmerzhaft" Entscheidung bezeichnete. "Deshalb verlassen wir die Notstandsregierung heute schweren Herzens, aber mit ganzem Herzen."

Indem er die Rolle von Premierminister Benjamin Netanjahu bei der Verhinderung eines "echten Sieges" hervorhob, sagte Gantz, dass es "keinen schnellen und einfachen Sieg" geben werde und warnte, dass "der Krieg noch Jahre dauern wird".

"Die Situation im Land und im Entscheidungsraum hat sich geändert", sagte Gantz und beschuldigte Netanjahu, seine eigenen persönlichen politischen Erwägungen über eine Nachkriegsstrategie für den Gazastreifen zu stellen, indem er behauptete, dass "schicksalhafte strategische Entscheidungen aufgrund politischer Erwägungen nur zögerlich getroffen werden".

Gantz sagte, die israelische Regierung solle "alles tun, was nötig ist", um die israelischen Gefangenen zurückzubringen, und forderte Netanjahu auf, zurückzutreten und Neuwahlen abzuhalten.

## Lage der Nation

von New Worker Korrespondent

Im Vorfeld der Parlamentswahlen sind wir der Joseph Rowntree Foundation (JRF) zu Dank verpflichtet, die den Zustand der Nation nach 14 Jahren Tory-Regierung beleuchtet. Ihr jüngster Bericht, der kurz vor den Wahlen erstellt wurde, zeigt deutlich das Ausmaß der Not in Großbritannien. Fast fünf Millionen Haushalte sind gezwungen, auf das Nötigste zu verzichten. Das bedeutet nicht, dass sie auf Pizzalieferungen verzichten müssen, sondern dass sie weniger duschen und Mahlzeiten ganz ausfallen lassen müssen.

Die Studie ergab, dass das untere Fünftel der Haushalte mit niedrigem Einkommen weiterhin mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, auch wenn sich die Situation für Familien, die etwas höher auf der Einkommenskala stehen, etwas verbessert hat.

Nicht weniger als sieben Millionen einkommensschwache Haushalte (warum kann man

nicht einfach Arme sagen?) mussten im Mai dieses Jahres auf das Nötigste verzichten, wobei fünf Millionen aufgrund der höheren Energiekosten weniger duschen oder baden konnten. Darüber hinaus konnten 4,9 Millionen keine abgenutzte oder überalterte Kleidung ersetzen, 3,7 Millionen verkauften ihr Hab und Gut, 1,6 Millionen stellten die Nutzung ihres Kühl- oder Gefrierschranks ein. Noch viel mehr, nämlich 6,8 Millionen, reduzierten die Nutzung von Haushaltsgeräten und 7,2 Millionen heizten ihre Wohnungen weniger als nötig. Letzteres mag zwar die Grünen aufmuntern, die sich um die globale Erwärmung sorgen, aber es gibt sicher bessere Wege, dieses Problem zu lösen.

Auf die Gefahr hin, das Offensichtliche auszusprechen, stellt die Stiftung fest, dass das Sozialversicherungssystem nicht als Sicherheitsnetz für diejenigen fungiert, die in eine schwierige Lage geraten sind. Nicht weniger als 86 Prozent der einkommensschwachen Haushalte, die Universal Credit erhalten, waren im Mai ohne das Nötigste.

Die leitende Ökonomin der JRF, Rachelle Earwaker, äußerte sich optimistisch: "Unsere Politiker müssen im allgemeinen Wahlkampf darlegen, wie sie dieser unerbittlichen Realität der Not ein Ende setzen wollen. Die Politiker müssen uns sagen, was sie sofort tun werden, um Familien zu helfen, die sich das Lebensnotwendige nicht leisten können, und welche langfristigen Pläne sie zur Bekämpfung der Armut haben." Sie ist sicher erfreut, dass die Tories versprechen, die Stempelsteuer für Erstkäufer abzuschaffen, um ihnen zu helfen.

Die jüngsten Arbeitsmarktdaten für Februar bis April sind ebenso düster: Die Arbeitslosigkeit stieg um 138.000 auf 1,5 Millionen oder von 4,3 auf 4,4 Prozent. Dies ist auf eine Verringerung der Zahl der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe und einen Rückgang im Einzelhandel und im Gastgewerbe zurückzuführen. Das Gastgewerbe verzeichnete mit 80.000 Arbeitsplätzen weniger als im Vorjahr den stärksten Einbruch. Es ist eine Ironie des Schicksals, dass ein Tory, Rishi Sunak, dafür beglückwünscht wird, dass er das alte Labour-Ziel, die Arbeiterklasse aus den Kneipen zu vertreiben, erreicht hat.

Die Zahl der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen (170.000), im Bildungswesen (70.000 mehr) und in der öffentlichen Verwaltung ist gestiegen. Auch scheinbar wachstumsstarke Bereiche wie die Informationstechnologie verzeichneten einen Rückgang. Auch die Zahl der offenen Stellen ist zwischen März und Mai 2024 um 12.000 auf 904.000 gesunken. Der einzige Lichtblick ist derzeit, dass die jüngste Anhebung des Mindestlohns einige Chefs zu bescheidenen Erhöhungen zu zwingen scheint, um die Unterschiede für Arbeiter, die knapp darüber liegen, aufrechtzuerhalten. Dieser Umstand hat die Bank of England dazu veranlasst, sich Sorgen zu machen, dass die Arbeiterklasse bei einem durchschnittlichen Lohnanstieg von sechs Prozent überbezahlt ist.

Einigen Leuten geht es jedoch gut. Das sind die Aktionäre der First Group, des Bus- und Bahnbetreibers, zu dem auch Avanti West Coast gehört, die eine Erhöhung der Dividende um 45 % vorschlagen. Das Unternehmen erzielte einen Betriebsgewinn von 204 Millionen Pfund, ein Anstieg um 27 Prozent gegenüber 161 Millionen Pfund im Vorjahr.

Und das, obwohl der Zugverkehr mit Problemen behaftet war, die dazu führten, dass die Behörde Transport for the North die Kündigung des Vertrags forderte. Wenn die Jahreshauptversammlung zustimmt (was in der Regel der Fall ist), wird im August eine Schlussdividende von 24 Millionen Pfund ausgeschüttet.

Das kam bei RMT-Generalsekretär Mick Lynch nicht gut an. Er beschwerte sich, dass die First Group zu einem Zeitpunkt profitiert, an dem die Fahrgäste mit Störungen und

schlechten Dienstleistungen konfrontiert sind. Dies zeige, dass "wir ein einziges, integriertes, öffentliches Schienennetz und eine Umkehrung des Verbots kommunaler Busunternehmen brauchen, damit unsere öffentlichen Verkehrsnetze für die Fahrgäste und die Gemeinden arbeiten und nicht für den Profit". Sharon Graham, seine Kollegin bei Unite, wiederholte diesen Punkt und beklagte, dass "die First Group auf Kosten der Fahrgäste und Arbeiter kolossale Gewinne aus unseren Bus- und Bahnnetzen zieht. Es macht keinen Sinn, Milliarden von Pfund in die Subventionierung des öffentlichen Verkehrs zu stecken und dann zuzulassen, dass Drittanbieter davon profitieren, indem sie Arbeitsplätze und Dienstleistungen abbauen. Ihre Anfrage: "Es ist an der Zeit, dass die Politiker entscheiden, für wen der öffentliche Verkehr arbeiten soll, für die Unternehmen oder für die Menschen?", rief keine Reaktion der Labour-Partei hervor, die den Tag mit dem dringlicheren Thema des geplanten Verbots des Kaufs von koffeinhaltigen Getränken für Kinder unter 16 Jahren verbrachte.

## Wagenburg-Blues

Woche drei eines glanzlosen Wahlkampfes, der nur durch allerlei Patzer im Sunak-Lager und die Nachricht belebt wurde, dass ein Meinungsforscher die Faragist Reform Party im Rennen um Downing Street Number 10 nun einen Punkt vor den Tories sieht. Labour scheint mit einem Vorsprung von mehr als 20 Punkten in den Meinungsumfragen immer noch auf einen Erdrutschsieg zuzusteuern, während die Liberaldemokraten versuchen, die im Lager der Konservativen verbliebenen Anhänger zu umwerben. Auf der linken Seite sagen Jeremy Corbys Wahlkampfmanager, dass er sich in seinem Kampf um den Verbleib im Parlament als Unabhängiger ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der Labour-Partei liefert, und George Galloway kämpft darum, den Sitz in Rochdale zu behalten, den er im Februar auf der Plattform seiner Workers Party Großbritanniens gewonnen hat.

Obwohl Palästina bei der jüngeren Generation und in der muslimischen Gemeinschaft nach wie vor ein zentrales Thema ist, wird es von den Granden der Labour- und Tory-Parteien kaum erwähnt, die leichtfertig von Veränderungen auf der Straße sprechen, während ihre Wahlprogramme deutlich machen, dass sie nach der Wahl nichts dergleichen tun werden.

Alle etablierten Parteien akzeptieren die amerikanische Hegemonie, die NATO und die so genannte britische nukleare Abschreckung. Alle ihre bürgerlichen Führer, und dazu gehört auch Starmer, unterstützen den amerikanischen Handelskrieg mit Volks-China, die imperialistische Aggression gegen Russland und die israelische Offensive im Nahen Osten.

Anstatt die Agenda zu bestimmen oder auch nur zu versuchen, Labour an seine vergangenen Versprechen zu erinnern, machen die Armee der lokalen Regierungsbeamten und die Legion der Gewerkschaftsbürokraten, die die großen Gewerkschaften leiten, einfach mit bei Starmers "New Deal", der nichts Neues ist und auch nicht viel bringt. Anstatt zu versuchen, die kommunistische Antwort auf die kapitalistische Krise wieder auf die Tagesordnung der Arbeiter zu setzen, marschieren die Scharlatane, die die falsche Linke anführen, die sich als "kommunistisch" und "revolutionär" ausgibt, auf linken sozialdemokratischen oder utopischen Plattformen, die nur dazu dienen, von den wirklichen Problemen auf der Straße abzulenken, während sie den bürgerlichen Mythos von der Unantastbarkeit ihrer kostbaren Wahlen verstärken, den Weg ins Nichts.

Die Bourgeoisie sagt, dass Sozialismus Diktatur bedeutet und dass Kapitalismus für Freiheit steht. Aber es ist nur die Freiheit für die Ausbeuter, die arbeitenden Menschen auf der ganzen Welt weiterhin auszurauben und auszuplündern, um sicherzustellen, dass eine winzige Handvoll Parasiten das Leben römischer Kaiser auf dem Rücken von Abermillionen arbeitender Menschen führen kann.

Sie behaupten, dass sie für geistige Freiheit stehen, aber es ist die Freiheit der Zwangsjacke und des Kerkers. Sie predigen diese Freiheit mit ihren Raketen und Drohnen gegen all jene, die es wagen, für sich selbst einzustehen. Was die herrschende Klasse unter Freiheit versteht, sehen wir im besetzten Palästina, in Jugoslawien, Libyen, Syrien und der Ukraine.

Sie sagen, wir hätten Meinungsfreiheit und Demokratie, aber das ist Demokratie und Freiheit nur für sie selbst. Würden wir wirklich in einer Demokratie leben, würden wir erwarten, dass die Mehrheit der Vertreter in den bürgerlichen Parlamenten aus der Mehrheit der Bevölkerung - der Arbeiterklasse - stammt. In der Tat könnte man die Arbeiter im Parlament an den Fingern abzählen.

Die bürgerliche Demokratie ist eine Demokratie nur für die Ausbeuter. Für die Ausgebeuteten ist sie eine Diktatur im rein formalen Sinne. Bürgerliche Wahlen dienen dazu, dass die kleinste Anzahl von Menschen die größte Anzahl von Stimmen manipulieren kann. Die Parlamente mögen die Spaltung der herrschenden Klasse widerspiegeln, aber letztlich sind alle diese Versammlungen ein Betrug, um die Tatsache zu verschleiern, dass die bürgerliche Regierung auf dem bürgerlichen Staat beruht, der nur existiert, um den Interessen der herrschenden Klasse zu dienen

**Die Homepage des „New Worker“ findet sich unter: [www.newworker.org](http://www.newworker.org) und die gedruckte englische Originalausgabe kann per Luftpost unter: [www.newworker.org/ncpcentral/nwsubs.html](http://www.newworker.org/ncpcentral/nwsubs.html) abonniert werden.**